

# Interfraktioneller Antrag

## Elektronische Teilnahme an kommunalen Gremiensitzungen

**Der Gemeinderat Tübingen beschließt folgende Petition:**

**Der Tübinger Gemeinderat regt eine Überarbeitung der Gemeindeordnung Baden-Württemberg an, die es zukünftig –außerhalb der aktuellen Sonderregelungen für Pandemiezeiten – generell ermöglichen würde, dass der Gemeinderat, Ausschüsse sowie sonstige kommunale Gremien in Baden Württemberg in elektronischer oder hybrider Form stattfinden. Den Gemeinden sollte ein möglichst weiter und flexibler Rechtsrahmen für die Gestaltung der Sitzungsformate gegeben werden, den sie nach den lokalen Gegebenheiten ausfüllen können.**

Bis zu einer Verabschiedung solcher gesetzlichen Neuregelungen sollten die in der Corona-Pandemie eingeräumten Gestaltungsmöglichkeiten interimistisch aufrechterhalten bleiben. Eine analoge Öffnung der Sitzungsformate für Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungen (100%) wäre wünschenswert, müsste jedoch vermutlich mit dem Bundesgesetzgeber synchronisiert werden.

### **Begründung**

**Die Fortführung der Möglichkeit zur elektronischen Teilnahme an Sitzungen städtischer Selbstverwaltungsgremien auch nach Auslaufen der Sonderregelungen zur Corona Pandemie sollte aus den nachfolgenden Gründen ernsthaft diskutiert werden.**

**Da die Gemeinde hier von der Rahmengesetzgebung des Landes (und ggf. des Bundes) abhängt, könnte nur der Landesgesetzgeber die Veränderungen ermöglichen. Eine Petition an ihn (sowie, mit der Bitte um Unterstützung gegebenenfalls an den Städtetag) würde die Gesetzesänderung hoffentlich zeitnah einleiten.**

**Corona hat die Art und Weise, wie die Menschen weltweit arbeiten, in kürzester Zeit geändert.** Homeoffice wurde -zwangsläufig- über Nacht akzeptiert und die Vorbehalte sowie vorhandene technischen Rückstände wurden schnell aufgelöst. Die Vorteile für die Umwelt, aber auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden für die Menschen praktisch erfahrbar. Ein Rückfall auf die Zustände vor der Pandemie erscheint ausgeschlossen. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer wollen zu einem hohen Prozentsatz bei der Möglichkeit von Homeoffice bleiben. Eine aktuelle Studie des Öko-Institut Freiburg beschreibt Umwelt- und soziale Wirkungen sehr gut.<sup>1</sup>

**Mit der Möglichkeit hybrider oder vollständig elektronischer Gemeinderatssitzungen (Ausschüsse etc.) verhält es sich ähnlich wie beim Homeoffice.** Der positive Umwelteffekt ist in analoger Weise gegeben, trägt als Begründung für die Fortsetzung der Pandemie-Regelungen alleine aber noch nicht: Die Zahl der entfallenden Fahrten und damit der quantitative Umwelteffekt ist dafür zu gering. Dennoch wird gerade im ländlichen Raum mit einigen positiven Wirkungen wegfallenden MIV zu rechnen sein.

**Das wesentliche Argument liegt hier:** Hybride/elektronische Sitzungen des Gemeinderats (und der Ausschüsse, Gremien) haben in den letzten beiden Jahren bei Ratsmitgliedern zu der sehr positiven Erfahrung geführt, dass **Familie, Beruf und das kommunale Ehrenamt**

**plötzlich viel besser miteinander zu verbinden** waren. Wir kämpften seit langem bundesweit mit dem Phänomen, dass junge berufstätige Menschen, nicht zuletzt Frauen, sich sehr schwer zu Gemeinderatskandidaturen überreden ließen oder - dennoch bereit und dann ins Amt gewählt - sehr bald wegen zeitlicher Unvereinbarkeit wieder aus dem Amt ausscheiden mussten. Gemeinderäte bilden daher demographisch nicht annähernd repräsentativ die Bevölkerung ab. Hier könnten wir die hohen heutigen Hürden für die völlig unterrepräsentierten Alters- und Berufsgruppen beseitigen und hoffentlich auch zu einer besseren Abbildung der Geschlechterverteilung kommen. Dass es funktioniert, das haben die beiden letzten Jahren gezeigt.

**Den einzelnen Gemeinden bliebe nach diesem Vorschlag unter einer sehr weiten eigenen Regelungskompetenz die Möglichkeit, weitgehend die Präsenzpflcht aufrecht zu erhalten und die elektronische Teilnahme auf individuelle Ausnahmefälle mit harten Bedingungen zu beschränken.** Auch alternierende reine Präsenzveranstaltungen mit hybriden Sitzungen sowie weitere Mischformen sind vorstellbar. Es entstünde aus den verschiedenen Ausformungen in den einzelnen Gemeinden im Land ein spannendes Reallabor. Über die Zeit würden die Vor- und Nachteile der verschiedenen gewählten Formate erkennbar.

**Ein weiterer erwähnenswerter Vorteil:** Die heutzutage nur noch schwer mit Beruf und Familie vereinbare Einschränkung von Gemeinderatsmitgliedern, praktisch nur in den Schulferien den Ort für Beruf oder Urlaub für mehrere Tage oder gar spontan verlassen zu können, würde weitgehend entfallen und so die Attraktivität dieses Ehrenamts in einer inzwischen viel mobileren Gesellschaft weiter erhöhen.

**Es gibt wenige Gründe, weshalb man mit dieser Liberalisierung und Modernisierung der kommunalen Gremienarbeit abwarten sollte.** Der erste Schritt wäre ein entsprechende weiter Rechtsrahmen, zu dem wir den Gesetzgeber ermutigen wollen.

Annette Schmidt	AL-Grüne Fraktion
Dr. Martin Soekler	SPD-Fraktion
Ernst Gumrich	Fraktion Tübinger Liste
Prof. Ulrike Ernemann	CDU-Fraktion
Gerlinde Strasdeit	Fraktion Tübinger Linke
David Hildner	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn

1

**Arbeiten im Homeoffice – gut für die Umwelt und die Mitarbeiter:innen?**

**Analyse der potenziellen ökologischen und sozialen Auswirkungen mobilen Arbeitens**

**Herausgeber: Öko-Institut e.V. Freiburg**

[https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/compan-e\\_Homeoffice.pdf](https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/compan-e_Homeoffice.pdf)

*Die Kernergebnisse des vorliegenden Papiers verdeutlichen den Fokus der Analysen auf Nachhaltigkeitseffekte, die aus der Arbeit im Homeoffice resultieren. Es wurde das Minderungspotenzial durch Reduzierung verkehrsbedingter Emissionen sowie darüberhinausgehende Emissionen durch die Bereitstellung technischer Infrastrukturen am Heimarbeitsplatz analysiert sowie weitere soziale und ökonomische Folgen des Arbeitens von Zuhause aus erörtert. Die Corona-Pandemie hat ein Gelegenheitsfenster eröffnet, in dem eine Transformation der Arbeitswelt hin zu einer reduzierten Mobilität möglich ist. Für die Zukunft wird es darauf ankommen, sowohl in den Unternehmen als auch politisch die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Chancen für Umwelt und Gesellschaft realisiert und gleichzeitig die negativen Auswirkungen möglichst minimiert werde*